

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend

Leipzig, den 14. Dezember 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 Mk. die fünfgepaltene Zeile; Annoncen- und alle sonstigen Reklameanzeigen 30 Mk. Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 145

### Zur Frage einer Handseherpartei

(Schluß)

Zum Verbandstag in Hannover 1911 hatte Leipzig beantragt, das Kölner Verbot der Gründung einer Handseherpartei wieder aufzuheben, und von Bielefeld lag ein Antrag vor, den Handseher zu gestatten, bei wichtigen tariflichen und organisatorischen Angelegenheiten Verfammlungen unter sich abzuhalten. Kollege Kesselbarth, der seitige Leipziger Geworkeführer, erklärte, die Handseher dürften nicht als Mitglieder zweier Klassen behandelt werden. In den Großstädten seien bereits technische Fortbildungskurse für die Handseher errichtet worden. Bei den Wahlen zum Geworkevorstand wie bei der Delegiertenausstellung für die Generalverfammlungen kämen jetzt die Handseher in das Hintertreffen. In der Kölner Resolution prägte sich ein Unrecht für diesen Teil der Kollegen aus. Kollege Römer sagte, wie die Verhältnisse in unserm Gewerbe sich entwickelt hätten, das habe in Leipzig zur einseitigen Aufassung geführt, daß die Gründung einer Handseherpartei zwingende Notwendigkeit geworden sei. Aus seiner Erfahrung als Schiedsgerichtsvorsitzender in Leipzig heraus habe er die Wahrnehmung gemacht, daß den Handseher die umfangreichen tariflichen Spezialbestimmungen nicht so in Fleisch und Blut übergegangen seien, wie das notwendig wäre. Es zeige sich also jetzt von Leipzig aus ein Abweichen von dem in Köln eingenommenen Standpunkte, daß man eine eigentliche Handseherpartei gar nicht wolle; diese Wandlung war eben auf die Starrheit des Kölner Verbots zurückzuführen. Verbandsvorsitzender Böbling wußte wieder einleuchten vor einem solchen Schritt. Es würde dann nur noch Zentralkommissionen der Parteien geben, der Verbandsvorstand sei dann lediglich eine Oberzentralkommission. Statt uns näher zu kommen, würden wir lauter einzelne Interessengruppen schaffen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit werde sich vermindern. In Leipzig habe man jetzt die Handseher zusammenberufen, damit sie spezielle Anträge der Handseher zur bevorstehenden Tarifrevision für sich beraten können. Hiergegen erhebe der Verbandsvorstand keinen Einwand. Der Antrag Leipzig wurde darauf mit großer Mehrheit abgelehnt, der Antrag Bielefeld aber durch die Erklärung Böblings als erledigt betrachtet.

In Danzig 1913 gab es wieder eine größere Sparten-debatte, wobei ein Antrag Leipzig-München, die Beschlüsse von Köln und Hannover betreffs Handseherpartei aufzuheben, eine Rolle spielte. Der Schwerpunkt lag aber darin, daß aus einer ganzen Reihe von Mitgliedschaften beantragt war, den Zentralkommissionen der Parteien die Berechtigung zuzuerkennen, auf allen Generalverfammlungen durch je ein Mitglied sich vertreten zu lassen. Außerdem wurde beantragt, den Zentralkommissionen und dem Verbandsvorstand der Deutschen Typographischen Gesellschaften auf Geworkekonferenzen das Recht zur Vertretung mit beratender Stimme zu erteilen. In weiterer Beziehung war das häufiger gewordene Stillfinden von Sparten-tagen sowie die Befassung örtlicher Spartenvereine und Verfammlungen mit Angelegenheiten, die über den tariflichen Rahmen hinausgehen und zum Gebiete der Verbands- bzw. Tarifpolitik gehören, ein Umstand, der vom Verbandsvorsitzenden Böbling bemerkt wurde, darauf hinzuweisen, daß auf diese Art die Handseher ja gedrängt würden, für sich die Bildung einer Handseherpartei zur Wahrnehmung ihrer besonderen Interessen erneut zu fordern. Kollege Wonsicht (Berlin) trat diesen Gedankengängen bei, obwohl er in Köln und in Hannover als Gegner einer Handseherpartei aufgetreten ist. Kollege Bille machte den Vorschlag, die Beiliefer zum Verbandsvorstand aus den Zentralkommissionen vorzubilden, wobei auch die Handseher entsprechend berücksichtigt werden müßten (was in Nürnberg 1920 dann zum Beschluß erhoben wurde). Für die Handseher bedürfte es jedoch nicht des formellen Rahmens einer Handseherpartei. Kollege Beiliefer (Nürnberg) sprach sich in aller Form gegen eine Sparte der Handseher aus, das Fundament des Verbandes würde dadurch unbedingt geschädigt werden. Dem entgegengetreten der Münchner Vorsitzende, Kollege Böbling, mit Schärfe die Notwendigkeit einer Handseherpartei. In München war nämlich im Jahre 1911 eine Bewegung in Gang gekommen, trotz des entgegenstehenden Beschlusses der Generalverfammlungen in Hannover eine Handseherpartei zu gründen. Von Vorstandsfache war man in München dem wußte entgegengetreten, aber gewissermaßen als Beifall wurde doch eine Handseherverfammlungen zugelassen in der ein Referat „Einiges über Fremdwörter“ ge-

halten worden war. Hiergegen hatte sich der Verbandsvorstand gewandt, da doch zu einem solchen Zweck keine besondere Handseherverfammlungen als nötig erachtet werden könne. Kollege Böbling sprach von einem Ausnahmegebot und von einem Ausnahmeverbot gegenüber den Handseher. In München vertrat man den Standpunkt: „Entweder Handseherpartei oder Eindämmung der Übergriffe der andern Sparten.“ Er erbat, entweder den Antrag Leipzig-München anzunehmen oder „den Spartenorganisationen etwas auf die Finger zu klopfen“. Daraus geht auch hervor, daß das Verhalten der Sparten selbst den Gedanken einer Handseherpartei posit oder negativ beeinflusst, wie in dem ersten Artikel bereits gesagt worden ist. Später stellte Kollege Böbling noch den Zwischenantrag, die Funktionäre zu ermächtigen, Handseherverfammlungen einzuberufen zu können, die sich mit tariflichen Fragen des Tarif und mit andern Fragen beschäftigen dürfen, sofern sie den Beschlüssen der Generalverfammlungen nicht zuwiderlaufen. Der Antrag Böbling blieb dann bei der Abstimmung in der Minderheit. Die Handseherpartei war also wieder abgelehnt; eigentlich wurde sogar die seit 1911 geübte Euldung von Handseherverfammlungen zu ausgeprochen eignen tariflichen Fragen durch den Münchner Vorgang enger gezogen.

Für die Kriegsgeneralverfammlungen Würzburg 1918 war die Frage einer Handseherpartei gegenstandslos. Auf dem Verbandstage Nürnberg 1920 stand auch ein Antrag Magdeburg-Jelb zur Beratung, der das Kölner Verbot der Gründung einer Handseherpartei aufgehoben wissen wollte. Im übrigen lagen mehrere Anträge vor, das Verhältnis des Verbandsvorstandes zu den Sparten in einem Sinne zu regeln, der ebenfalls die in Köln gezeugene Beschränkung aufzuheben würde. Dazwischen ist es dann auch gekommen. Der Kollege Prox als Berichterstatter der Ideellen Kommission führte zu dem Antrage betreffend Handseherpartei wörtlich aus:

Wenn nun aber schon hinsichtlich der Sparten dieses Verbot aufgehoben würde, so muß auch das Verbot bezüglich der Gründung von Handseherpartei gleichfalls aufgehoben werden. Wir setzen allerdings dabei voraus, daß nun nicht überall in Deutschland Handseherpartei entstehen werden. Die Kommission wollte damit den Handseher vor den Tarifabschlüssen die Möglichkeit geben, besonders zusammenzukommen, um ihre eignen Angelegenheiten zu besprechen, zu beschließen und Anträge zu stellen. Daher mußte auch den Handseher das Recht zur Sparten-gründung gegeben werden. Ich persönlich habe keine Befürchtungen, da nach meinem Dafürhalten eine Handseherpartei wohl nur in einigen Orten Deutschlands sich bilden dürfte.

Als der Kollege Reuter (Braunschweig) sich als alleiniger gegen die Aufhebung des Kölner Verbots betreffend Handseherpartei gewandt hatte, weil man dann noch eine ganze Reihe von Sparten-gründungen erleben könne und da ja von Berlin ein Antrag vorliege, die Sparten überhaupt aufzuheben und sie dem Verband anzugliedern, erwiderte der Handseherkollege Döber (Berlin), Beiliefer im Verbandsvorstande, die Handseher müßten daselbe Recht haben wie die übrigen Spezialzweige. Man müsse ihnen Gelegenheit zu besonderen Verfammlungen geben (der Expedientzug usw. seien doch Spezialfragen) und auch das Recht zur Spartenbildung gewähren. Er glaube trotzdem nicht, daß es zu einer Handseherpartei kommen werde. Wegen nur eine Stimme wurde alsdann das Verbot einer Handseherpartei aus dem Jahre 1908 aufgehoben. In dem Generalverfammlungsprotokolle führte der Verbandsvorsitzende sich jedoch dazu aus:

Außerdem haben Sie den Weg für eine Handseherpartei freigemacht. Ich würde Ihnen empfehlen, diesen Weg nicht so leicht hin zu betreten, weil ich fürchte, daß eine solche Handseherpartei zu gegenseitigen Bekämpfungen führen könnte. Aber Zusammenkünfte der Handseher müssen herbeigeführt werden. Die Handseher müssen selbstständig sich zu Tariffragen, zu Organisationsfragen, soweit sie ihre Sparte betreffen, Stellung nehmen können. In diesem Sinne wird den Handseher ihr Recht werden. Dadurch wird keine Zerküftung innerhalb des Verbandes herbeigeführt.

Nach den Darlegungen des Vorsitzenden der Ideellen Kommission wie des Verbandsvorsitzenden ist die Handseherpartei also keineswegs eine voraussetzungslose Sache im Verbandsverhältnis.

Auf dem Verbandstag in Leipzig 1922 kam die Handseherpartei wiederum zur Sprache, aber sie wurde

mehr den anderen Sparten als Menetekel an die Wand gemalt. Es waren zum Teil Bestrebungen in die Richtung getreten auf tariflich-materielle Hebung der Kollegen der Hauptzweige, außerdem wurden Forderungen auf volle Finanzierung der Spartenkongresse durch den Verband gestellt, die vor Verbandsstagen oder Tarifrevisionen sich notwendig machen. Bemerkenswert war, daß zwei in Handseherangelegenheiten als Experten geltende Kollegen die Hauptredner waren. Der Kollege Bielefeld (Beiliefer im Verbandsvorstande) warnte vor den in verschiedenen Orten zu beobachtenden Bestrebungen, eine Handseherpartei ins Leben zu rufen. Die Handseher hätten doch nicht daselbe Bedürfnis zur Spartenbildung wie die Spezialzweige. Er erbat die Delegierten des Verbandstags, solchen Bestrebungen überall entgegenzutreten, wo sie sich zeigen; das beste Gefüge des Verbandes würde sonst von Wurm angegriffen werden. Für die Bildungsbestrebungen der Handseher kämen die Typographischen Vereinigungen in Betracht. Wenn die bestehenden Sparten auf tarifliche Sonderrechte ausgehen, so werde man sich widersehen. Kollege Witten, Vorsitzender der Leipziger Handseherkommission, erklärte, wenn sich die beregten Zustände in den Sparten nicht ändern, dann würde wohl die Handseherpartei keine örtliche Einzelerhebung mehr bleiben. In Leipzig sei man allerdings mit einer losen, intensiv arbeitenden Handseherkommission gut ausgekommen. Wenn aber eine Sparte nach der andern komme und tarifliche Bevorzugungen verlange, dann stehe das auch bei den Handseher an. Die Gefahr gehe schon so weit, daß die Handseher für sich wieder eine Reihe von Gruppenfortbildungskursen gründen müßten. Das müßte den Zweck einer eventuellen Handseherpartei zur Folge haben. Kollege Schumann, der bisherige Vorsitzende in Würzburg, bekannte sich als Gegner einer Handseherpartei, die in Würzburg nur gebildet werden konnte, weil die übrigen Sparten ihre Sparten auf Kosten der Handseher aufgestellt haben. Man betrachte in Würzburg daher die Handseherpartei nur als notwendiges Übel. Der Verbandsvorsitzende Jelb zog das Resümee aus dieser Debatte folgendermaßen:

Bisher haben sämtliche Verbandsstagen den Standpunkt eingenommen, daß Handseherpartei nicht gegründet werden sollen. Wir haben alles Interesse daran, daß nicht ein Kampf aller gegen alle entsteht. Darum sollten sich die Sparten auch bemühen, die Wünsche der Handseher nicht zu verletzen und nicht eine Politik zu verlangen, die im allgemeinen Interesse nicht getrieben werden kann. Dann werden auch die Handseher von der Gründung eigener Sparten Abstand nehmen.

So ist der Hergang der Dinge in ganz objektiver Darstellung. Der Kölner Beschluß war eine übertriebene Härte gegen die Handseher. Die Generalverfammlungen in Hannover hat damit im wesentlichen aufgeräumt und den praktischen Bedürfnissen der Handseher Rechnung getragen, so weit mit diesen auch nicht über das Ziel hinausgeschossen wird. Die Generalverfammlungen in Nürnberg brachte theoretisch die Gleichberechtigung der Handseher zur Spartenbildung zum Ausdruck; faktisch sollte diese aber unterbleiben, wenn nicht ganz besondere Verhältnisse doch dazu zwingen.

Wir bemerken schon im ersten Artikel, daß sowohl und historisch die Frage einer Handseherpartei nur als eine Angelegenheit der Berechner betrachtet werden kann. In Berlin berechnen zur Zeit noch etwa 1000 Kollegen, in Leipzig ungefähr nur 500. In den beiden Druckzentren hat jedoch der Gedanke einer Handseherpartei keinen Boden; er kommt überhaupt erst dann wieder auf, wenn sich die Handseher durch die Sparten benachteiligt fühlen. In den nicht so unumgänglichen Mittel-druckorten Alfenburg, Naumburg, Weimar, Goltha, Sena, Silberhausen, Wittenberg, Gräfenbainichen ist das Berechnen wohl in nicht ganz unbedeutlichem Maße noch in Brauch. Einige andre Druckorte dieser Art wird es noch geben. In Deutschland überhaupt dürfte es aber kaum noch volle 3000 Mann im Berechnen geben. In den Berechnerdruckorten wird Kollege Klein (München) mit seinem Sammelruf an die Handseherkollegen jedenfalls nicht das erhoffte Echo finden, denn es ist bisher dort gar zu still von einer Handseherpartei gewesen.

In München wird gar nicht mehr berechnet; hier aber ist die Handseherpartei ursprünglich berechtigt geworden. In Würzburg arbeiten etwa 30 Kollegen im Berechnen, in Regensburg ungefähr 10. In letzterer Stadt heuft man das „notwendige“ Übel jedoch nicht. Was in Danzig dazu geschrieben hat, mögen die Östler wissen. Wollte man die Handseher an sich spezialisieren, wie es aus dem

Artikel des Kollegen Klein herausklingt, dann mühte eine „richtiggehende“ Handwerkerpartei in Leipzig z. B. elf Unterparteien haben, wozu sich wohl schnell noch die „Notwendigen“ zu weiteren ergeben würde. Was mühte das für einen Handwertermutbau von Nabel abgeben! In Leipzig ist das Verbands- und Tarifwesen gewiß vielfach, aber die Verammlungen sind durchaus allgemeiner Natur. Vorträge wie „Einiges über Fremdwörter“ gehören hier dem Bildungsausschuß des Hauses oder dem Bildungsverband. Eine jede Organisation muß doch eine Stammesmannschaft haben, nur die eigentlichen Spezialgebiete können Spezialgruppen überlassen bleiben. 65 Proz. der Mitglieder einer Gewerkschaft können vernünftigerweise aber doch keine Spezialgruppe sein!

Kollege Klein hält auch froh das von vielen Tausenden Kollegen begehrten Graphischen Industrieverbandes an der Notwendigkeit der Atomisierung unterer Organisationen fest. Wir meinen, Graphischer Industrieverband und noch ausgebreiteteres Sportmehlen sind zwei sich ausschließende Begriffe. Der Industrieverband hat strikte Zentralisation zur Voraussetzung oder er gibt sich vornehmlich auf. Von einem föderativen Industrieverbandsgedanken, wie in einer anderen Artikel-Einsendung gesagt wird, kann also gar nicht die Rede sein.

Die Handwerker haben in Nürnberg vor zwei Jahren theoretisch das Recht zur Spezialorganisation erhalten; es geht ihnen aber wie den Eisenbahnern, die das Streikrecht besitzen, dessen Anwendung jedoch alle Welt im allgemeinen Interesse vermeiden sehen will. Da wir nunmehr genügend gesprochen und mehrere Ausführungen gemacht haben, wobei die Unterbrechung zum Wiederaufsuchen der Handwerkerpartei kommt, sei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß von jetzt an immer weniger Anlaß geboten wird. Deshalb kann auch der Appell des Kollegen Klein ungehört verhallen, die Organisation hätte sonst wirklich keinen Vorteil davon.

Fallen wir es mit dem Kollegen Mastini, der eine ähnliche Sache, die zweifelslos immer und immer wiederkehrt auf den Generalversammlungen, mit der kräftigen Geste ablat: „Werft das Scheusal in die Wolfshöhle!“

## Die Lohnfrage und immer wieder die Lohnfrage

Die neuen Zulagen bedeuten gegenüber dem Novemberlohn eine Erhöhung um rund 60 Proz. (Nurste Lohn-erhöhung am 2. und ab 16. Dezember belagen nicht rund 60 Proz., sondern eine Steigerung von 73,3 Proz.) Im gleichen Augenblicke brachten Essener Blätter eine Notiz über eine Lohnregulierung am 30. November im Metallgewerbe für die Nordwestliche Gruppe, wonach ein Zuschlag gezahlt wird: für alle über 21 Jahre alten Arbeiter von 120 Proz., über 20 Jahre von 110 Proz., über 18 Jahre von 100 Proz., unter 18 Jahren von 90 Proz. Diese Sätze verließen sich auf den Gesamtlohn für die erste Novemberhälfte einschließlich der bereits gezahlten 58 Proz. Das Hauszahlsgeld wird auf 80 M. erhöht, das Kindergeld auf 100 M. Von besseren Verhältnissen ist mitzuteilen, daß in der Nordwestlichen Gruppe rund 200.000 Mann beschäftigt werden, die volkswirtschaftlich betrachtet jedenfalls einen erheblichen Faktor darstellen. Durch diese Regelung kommt ein Lohn heraus, der durchschnittlich 2500 M. pro Woche mehr beträgt als der eines im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiters. Die Kunst wird also ständig bedeutend vergrößert.

St der Tagespresse las man vor wenigen Wochen folgendes: John Hilton, der Direktor des Statistischen Bureaus im englischen Arbeitsministerium, hat in der letzten Nummer der Monatsausgabe des „Manchester Guardian“ Untersuchungen über die Lohnhöhen von April bis Mai 1922 in Deutschland, Belgien, Frankreich, England und Amerika veröffentlicht, die in der folgenden Tabelle dargestellt sind:

Beschäftigung:	Deutschland Sterl.	Frankreich Sterl.	England Sterl.	Belgien Sterl.	Amerika Sterl.
Maurer	88,0	15,8	53,6	45,8	270,11
Zimmerleute	88,0	15,8	68,9	44,2	243,10
Monteure	79,0	14,2	45,7	41,1	166,10
Schlichter	95,0	16,8	59,8	45,9	230,30
Mittel Arbeiter	61,4	15,4	29,0	32,0	67,00
Mittel	82,3	15,3	51,4	41,9	195,40

Diese Lohnhöhen sind gleichmäßig für die 48-Stunden-Woche berechnet. Das belagt wohl mehr als der längste Artikel und bestätigt, daß wir Buchdrucker in Deutschland tatsächlich an letzter Stelle stehen in bezug auf Entlohnung. (Dann und wann müssen die Behauptungen über die von den Buchdruckern mit ihren Löhnen eingenommene Stellung auf ihr richtiges Maß zurückgeführt werden. Wenn auch unter Gewerbe mit seiner Inflation der Papierwucherpreise ausgebreiteteren Sinne nicht mit jedem andern vergleichbar ist, da eben die Buchdruckerergebnisse in erheblichem Maße entbehrlich oder durch andere Verfahren ersetzbar sind, so müssen die Löhne doch auf eine den allgemeinen Preisverhältnissen mehr angepasste Höhe gebracht werden. Der von dem Verfasser gewählte Vergleich läßt aber keinen richtigen Überblick zu, weil nur vier Arbeitergruppen den Seibern gegenübergestellt werden. Tatsächlich stehen die Buchdrucker nicht an letzter Stelle mit ihren Tariflöhnen in Deutschland. Einmal ist der alle Unterschied zwischen Maximallöhnen fast überall und den Minimallöhnen der Buchdrucker zu beachten, und dann muß auch die Feiertagsbezahlung in Rechnung gestellt werden. Die internationale kleine Statistik bezieht sich auf April und Mai 1922, die von der statistischen Abteilung des ILO, im „Korrespondenzblatt“ Nr. 32 gebracht Zusammenstellung der gleich nach dem 30. Juni 1922 in Kraft getretenen tariflichen Zeit-

löhne in Deutschland bezieht sich auf 52 Groß- und Mittelstädte sowie 23 Berufe. Die Buchdrucker fanden hier von dreizehnter Stelle. 38,05 M. war sonst der höchste, 14,95 M. der niedrigste Stundenlohn. Innerhalb sämtlicher Berufe dürften die Buchdrucker jetzt etwas weicher nach vorn gerückt sein; freilich nicht so, wie es sein müßte. (Red.)

Man kann vielleicht einwenden, es handelt sich hier um die valutarischen Siegerländer, da sind die Verhältnisse eben andere. Demgegenüber wird jedoch übereinstimmend berichtet, daß gerade England sich in einem Zustande der dauernden wirtschaftlichen Depression befindet und die Arbeitslosigkeit dort noch sehr groß ist, von der auch das Druckgewerbe nicht verschont geblieben ist. Trotzdem haben die englischen Buchdrucker ihre alte Stellung innerhalb der Arbeiterkraft behauptet. Allerdings mögen dort die Papierpreisverhältnisse bessere sein als bei uns (haben dort sinkende Tendenz. Red.), denn daß sich das Buch- und das Zeitungsgewerbe in Deutschland in keiner günstigen Lage befindet, soll durchaus nicht bestritten werden.

Nach der „Zeitschrift“ zu urteilen, fragen nur die „unvernünftigen“ Forderungen der Gehilfen hieran die Schuld. Genanntem Organ ist nur zu empfehlen, diese alle, abgelehnte Platte von ihrem Gramophon zu entfernen. Nachdem der „Kor.“ dies dem Prinzipalsorgan schon deutlich illustriert hat, ist es einwörtlich darüber ja stille geworden. Die Entwicklung der Dinge in dem letzten halben Jahr in Deutschland dürfte zur Genüge bewiesen haben, daß es nicht die Forderungen der Arbeiter sind, die das wirtschaftliche Elend hervorgerufen haben. Diese Ursachen liegen vielmehr auf ganz anderem Gebiete.

Daß jedoch auch in unserm Gewerbe noch manches Verbesserungsbedürfnis ist, mögen einige kleine Proben aus der letzten Zeit beweisen. Gelinglich einer vor wenigen Wochen hier stattgefundenen Schiedsgerichts-Sitzung wurde selbst von Prinzipalsseite zugegeben: „Ja, es sind uns wieder fünf ganz krasse Fälle von Preisunterbietung mitgeteilt worden.“ Die neue Leistung auf diesem Gebiete soll auch hier festgehalten werden: Die hiesige Druckerkrankheit hatte einen größeren Druckauftrag zu vergeben. Sie zog von nur einigen Firmen Preisangebote ein. Eine Firma kalkuliert den Auftrag auf rund 1 1/2 Mill. M., die andre bloß um 325.000 M., darunter, Selbe Betriebe werden von routinierteren Fachmännern geleitet. Trotzdem diese gewaltigen Unterschiede.

Während heute jeder kleine Krämer und jeder Geschäftlicher über den Tagespreis seiner verkauften bzw. gelieferten Ware unterrichtet ist, während die Großhändler die Preise einfach diktiert, scheint es bei uns noch sehr zu haben mit der Durchführung an sich günstiger Preise. Hier dürfte vielleicht auch ein Schlüssel zur letzten Lage des Buchdruckerberufes zu finden sein. Hoffentlich hebt die neue Tarif Mittel und Wege vor, daß eine Geländung dieser Verhältnisse eintritt.

Ellen.

Fritz Böhring.

## Unhaltbare Zustände

Gleich nach dem letzten Schiedsspruch über untre Lohngestaltung nahm infolge des starken Stiegens des Dollars die Teuerung erneut ein rasendes Tempo an. Mitte November wurden deshalb im allgemeinen die Löhne aller Arbeitsschichten ganz wesentlich erhöht. Mancher Kollege erwartete, daß nach „Treu und Glauben“ auch bei den Buchdruckern für die zweite Hälfte des November eine Zwischenregulierung stattfinden würde. Weil gelebt! Aber das formale Recht triumphierte. So blieben die Buchdruckerlöhne weit hinter denen der andern Arbeiter zurück. Während hier in Hamburg beispielsweise in der zweiten Novemberhälfte im Durchschnitt ein Stundenlohn von 260 M. üblich war, ganz zu schweigen von den Bauarbeitern und den Hafenarbeitern, die über 300 M. Stundenlohn verdienten, mußten wir uns mit 174 M. begnügen. Demgegenüber verdiente schon eine Tapeziererin zur selben Zeit 200 M. Mündlich.

Wer nun trotz aller vorherigen Enttäuschungen doch noch hoffte, daß wir mit untre Lohnregulierung für Dezember diesen Mischstand wieder wettmachen würden, der wurde wiederum bitter enttäuscht. Von der berechtigten Forderung von 8000 M. pro Woche für die erste Dezemberhälfte wurde nicht einmal die Hälfte (in der Spitze 3000 M.) erreicht. So hat jetzt ein verheirateter Buchdrucker in Hamburg in der höchsten Klasse unter Einrechnung der Sonderzulage glücklicherweise den Lohn, den alle andern Arbeiter in der zweiten Novemberhälfte hatten, nämlich 259 M. Mündlich. Demgegenüber werden jetzt in Hamburg im Durchschnitt Stundenlöhne von 350 M. gezahlt, wieder die Bau- und die Hafenarbeiter mit 400 M. unüberdunkelbar lassend. Also ist das Verhältnis das gleiche geblieben: mit eben zwei Dritteln des Lohnes aller andern Arbeiter soll der Buchdrucker sein Leben fristen! Dabei ist zu beachten, daß selbstverständlich die Unternehmer den andern Arbeitern auch nur das unbedingt zum Leben Notwendige zubilligen.

In glaube, in den andern Teilen des Reiches ist das Mißverhältnis zwischen den Löhnen der Buchdrucker und denen der andern Arbeitsschichten sicher das selbe.

Unter diesen Umständen erscheint es einfach unverständlich, daß die Gehilfenvertreter einem solchen Abkommen einstimmig ihre Zustimmung geben konnten. Noch mehr Verwendung muß ertragen, daß trotz der ganz ungleichen Verhältnisse und trotz der Proteste aus der Kollegenchaft wieder ein monatlicher Abschluß gemacht wurde. Wir sind keine andern Berufe bekannt, die in der letzten Zeit noch monatlich Löhne abschlossen. (In progressiven

Stößen, wie bei uns oder ähnlich ist das auch noch anderwärts der Fall. Red.)

Kam man aber nicht um den monatlichen Abschluß herum, warum schaffte man nicht, wie bei andern generalen monatlichen Abschlägen (Zergerbeiter, Maler usw.) auch eine Vorbehaltsklausel dergestalt, daß, wenn die Teuerung so fortwähret, daß der Arbeiterleide nach Treu und Glauben nicht zugemutet werden kann, den Vertrag zu halten und Mitte des Monats neue Verhandlungen aufzusuchen haben?

Ein Fortschritt ist diesmal auf Unternehmenseite zu verzeichnen: Die „Zeitschrift“ schreibt, „daß die gesamte Prinzipalsität an dieser enormen Verteuerung fast aller um Leben notwendigen Artikel nicht achlos vorübergehen kann“ und „daß man von den Arbeitnehmern billigerweise nicht verlangen kann, daß sie mit ihrem bisherigen Lohne zufrieden sein sollen“. Aber von dieser Ansicht bis zur Erkenntnis der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, unre berechtigten Forderungen zu erfüllen, ist noch ein weiter Weg. Und so erklärt die „Zeitschrift“ am Schluß ihres Artikels stolz: „Die Löhne sind bedeutend erhöht und für die Gehilfen für Monat Dezember ein auskömmlicher Lohn geschaffen worden.“ Schrumm! Wie es mit diesem „auskömmlichen“ Lohn bestellt ist, spürt ja jeder von uns am eigenen Leib und eigenem Hausstande.

Das Schlagwort vom Untergange des Gewerbes, mit dem die Unternehmer auch diesmal wieder kreiben gingen, muß bei allen Gelegenheiten und vor aller Öffentlichkeit immer wieder auf seinen richtigen Wert zurückgeführt werden. Nicht auskömmliche Löhne richten das Gewerbe zugrunde, sondern einzig und allein der Papierwucher; gegen den schweben Unternehmer und Regierung ohnmächtig sind. Mit einem Federstrich werden seitens der Papierfabriken die Preise diktorisch in einer Weile erhöht, gegen die die Erhöhung unserer Löhne überhaupt nicht mehr in das Gewicht fällt. Für Papier wird aber noch immer das Geld beschafft, nur für ausreichende Löhne ist es angeblich nicht da. (Sehen wir uns den Lohn einmal in Verhältnis zu den Papier- und Materialpreisen, so ergeben sich ganz groteske Dinge. Für den Hamburger Höchstlohn von 11882 M.) läßt sich gerade ein Ailo Glanzblau oder noch nicht einmal ein Ries Harzpolypapier beschaffen, während man in Friedenszeiten für den Höchstlohn 5-6 Ries kaufen konnte.)

Was aber soll werden, wenn die Teuerung, wie angenommen ist, in rasendem Tempo weitergeht? Genügt dann wirklich die zweite Rate als Ausgleich? Ich fürchte, wir werden erleben, daß alle andern Arbeiter Mitte Dezember wieder entsprechend höhere Löhne erhalten und wir uns bald fast mit zwei Dritteln mit der Hälfte des Lohnes der andern Arbeiter durch das Leben schlagen müssen. So kann es doch einfach nicht weitergehen! Auch für uns muß sich ein Weg finden, wenn innerhalb der Geltungsdauer eines Lohnabkommens die Teuerung solche Fortschritte macht, daß wir mit den geltenden Löhnen nicht mehr das Allernotwendigste bestreiten können; eine Preisregulierung vorzunehmen. Gegen das immer tiefere Sinken untre Reallohn müssen wir uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen! Sum mißnehmen muß es uns gelingen, mit den Durchschnittslöhnen der andern Arbeiter Schritt zu halten. Sollen die Kollegen nicht zur Selbsthilfe greifen, so haben Verhandlungsleiter und Gehilfenvertreter die Pflicht, hier handbrechend vorzugehen. Hamburg. Wilhelm Marrens.

## Das Buchgewerbe im Ausland

### Internationales Buchdruckersekretariat

Unserm 7. Dezember erlich Kollege Verdan, der internationale Sekretär in Bern, folgende Bekanntmachung über Sperren:

Belgien. Weil der kürzlich zustande gekommene Tarif von den Prinzipalen noch nicht unterzeichnet ist. Diese Sperre soll ab 1. Januar 1923 aufgehoben werden.

Frankreich. Wegen Tarifbewegung in den Städten der Ost- und Südoftgau.

Schweiz. Wegen der Bewegung zur Erneuerung des Landesartils.

Die Kollegen werden in ihrem eignen Interesse ersucht, in diesen Ländern bis auf weiteres keine Stellen anzunehmen und für diese auch keine Streikarbeit auszuführen.

Österreich. Nachdem alle andern Unternehmer bereits mit dem Lohnabbau (nicht zu verwechseln mit Preisabbau) vorgehen oder schon vorgegangen sind, wollen nunmehr auch die Prinzipale des graphischen Gewerbes nicht ins Hintertreffen gelangen und nehmen es deshalb sehr eilig zu haben. Um die vermeintliche Scharte auszuweihen und gleich zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen, wollen sie nicht nur den Lohnabbau, sondern auch die Auzurbeit einführen. Ihr reager Eifer ist besonders erwähnenswert, weil sie an die Zeitung des Graphischen Kapfels ein ultimatives Schreiben richteten, in dem sie bereits für Montag, den 4. Dezember, diesbezügliche Verhandlungen forderten. In loßlicher Konsequenz dachten sie wohl, daß die Gehilfen die Angelegenheit gerade so verschleppen müßten, wie sie es umgekehrt immer bei den Lohnverhandlungen taten. Den Sinnweis der Arbeiterkraft, daß von einer Kürzung des Lohnes überhaupt zur Zeit keine Rede sein kann, weil in den protokollierten Bestimmungen zum geltenden Lohnsatz ausdrücklich festgelegt

tel, es könne nur dann die Frage eines Abbaues der Löhne verflüssigt werden, wenn der Rückgang der Unternehmer wenigstens 25 Proz. ausweise, sucht das Organ der Prinzipalität, der „Österreichische Buch- und Stein drucker“, damit zu entkräften, daß es sich seiner Meinung nach nicht um Prozente, sondern um Punkte handelt. Bei den Steuerungsulagenverhandlungen allerdings spielten die Punkte keine Rolle. Aber in Österreich schloßen die graphischen Arbeiter auch nicht so rasch, als die Unternehmer vorleben. Vor allem fand erst am 4. Dezember in Wien eine Vertrauensmännerstung statt, die sich mit diesen beiden Forderungen der Unternehmer beschäftigte. Wenn auch einzelne Kollegen der Kurzarbeit als dem kleineren Anteil gegenüber Entlohnungen das Wort redeten, bestimmte die Mehrheit doch zum Schluß, der Prinzipalität weder in der einen noch in der anderen Form entgegenzukommen, weil die Unternehmer trotz alledem vor Entlohnungen nicht zurückweichen würden und ihre Illiquidität schon genügend ab, bewiesen haben. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden deshalb bei den in den nächsten Tagen beginnenden Verhandlungen einen schweren Stand haben.

Für den 17. Dezember beruft der Vorstand des Verbandes der Vereine der Buchdrucker und Schriftsetzer und verwandter Berufe Österreichs einen außerordentlichen Verbandstag und gleichzeitig die konstituierende Generalversammlung des Reichsvereins der österreichischen Buchdrucker- und Setzungsarbeiter nach Wien ein.

Holland. Bereits in Nr. 138 des „Korr.“ berichteten wir über den Verlauf der Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Tarifs für das holländische Buchdruckergewerbe und über das vorläufige Ergebnis. Es kam lediglich ein sogenannter Kompromiß zustande, der eine Reihe von Verschlechterungen enthielt, nämlich eine Verminderung des Stundenlohns von 12 Proz. für Geübten von 24 Jahren und älter, von 15 Proz. für Geübten von 18 bis 24 Jahren und von 15 bis 20 Proz. für Lehrlinge. Die Arbeitszeit erhielt eine Verlängerung von 45 auf 48 Stunden wöchentlich. Außerdem mußten noch Verschlechterungen einiger Rechtspositionen in Kauf genommen werden, die sich auf den Süßbindungsmodus beziehen. Der Kompromißvertrag wird nunmehr den Mitgliedern der holländischen Geübtenorganisationen zur Urabstimmung unterbreitet werden. Nach der sehr schlechten Aufnahme des vorläufigen Verhandlungsergebnisses in den einzelnen Sektionen ist mit einer Ablehnung durch die freigewerkschaftlichen Standpunkte stehenden Bucharbeiter zu rechnen. Dagegen werden die kleineren religiösen Geübtenorganisationen den Tarifvertrag jedenfalls annehmen, wodurch nicht unerwünschte Schwierigkeiten entstehen dürften. Die allgemeine Situation ist noch höchst ungeklärt, weshalb die holländische Organisationsleitung vor Annahme von Konditionsangeboten aus Holland warnen. Häufig geber Briefe von deutschen und andern ausländischen Kollegen ein, die in Holland Stellung zu finden hoffen durch Vermittlung des holländischen Verbandsvorstandes. Bisher ist allen Anfragen eine Antwort zu gegangen. In Rücksicht auf die immer zahlreicher werdenden Anfragen jedoch und die teuren Postkosten ist das nicht mehr in jedem Falle möglich. Die holländische Organisationsleitung weist in ihrem Schreiben an uns noch darauf hin, daß die meisten Anfragen in deutscher Schrift gehalten sind, die für einen Ausländer schwer zu lesen ist. Die Arbeitslosigkeit in Holland ist sehr groß. Etwa 2000 konditionlose Buchdrucker und Buchbinder sind zur Zeit vorhanden.

Amerika. Dem 49. Jahresberichte der Deutsch-Amerikanischen Typographia (Zweig der International Typographical Union), der die Zeit vom 1. Juli 1921 bis 30. Juni 1922 umfaßt, sei einiges Allgemeininteressierendes entnommen. In der Einleitung bemerkt Bundessekretär Hugo Miller (gebürtig aus Freiberg i. S.) als Besonderheit, daß im Berichtsjahre keine Ereignis von besonderer Bedeutung zu verzeichnen seien. Die geschäftliche Lage ist freilich, nebst der Aufstellung zu, daß in nächster Zeit Aussicht auf Belebung des Arbeitsmarktes durch das Entstehen neuer deutscher Zeitungen vorhanden ist, da die während des Weltkriegs eingetretene Krise gegen alles Deutsche noch nicht besonders im Abflauen begriffen ist. Auf das tarifliche Gebiet übergehend, kann festgestellt werden, daß speziell die Arbeiter bei den Setzungen in verschiedenen Städten, so u. a. in Buffalo, Pittsburg und New York, Erhöhung ihrer Entlohnung erzielten. In Chicago war vorübergehend die „Illinois Staatszeitung“ wieder erschienen; Geldmangel hinderte das Unternehmen aber bald wieder am Weltereignen. Einen schönen Erfolg erzielten die Herausgeber der vereinigten deutschen Tagesblätter „Staatszeitung“ und „Herold“ in New York mit der Wiederherausgabe ihrer illustrierten Wochenzeitschrift „Deutsch-Amerika“, die sich ob ihrer gediegenen Ausstattung und ihres guten Inhalts schnell wieder einen großen Leserkreis erwarb. Was die finanziellen Ergebnisse des Berichtsjahres anbelangt, so ist der Bund nicht schlecht gefahren, indem alle Unterhaltungsabteilungen — mit Ausnahme der Pensionen (Invalidentunterstützung) — geringere Ausgaben zu verzeichnen haben als im Vorjahre. Die Ausgaben für die letztere Unterstützung betragen über 32000 Dollars; eine Summe, die gewiß nicht gering genannt werden kann, wenn man aus dem Bericht erfährt, daß die Zahl der steuernden Mitglieder sich auf nur 660 belief. Zur Unterstützung des Kampfes um die Einführung der 44-Stunden-Arbeitswoche wurden von der gleichen Mitgliederzahl über 69000 Dollars aufgebracht. Die Steuer für diesen Kampf betrug eine Zeitung 10, früher 7 und am Schluß des Berichtsjahres 5 Proz. des Lohnes. Die Arbeitszeit ist in den einzelnen lokalen Typographias — es

werden deren 21 gezählt — ziemlich verschieden; sie schwankt von 40 Stunden, welcher Arbeitszeit sich zum Teil die Setzungssetzer zu erfreuen haben, bis zu 48 Stunden. Unverkennbar ist aber das feste Fortschreiten der Kürzung der Arbeitszeit. Was die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der amerikanischen Buchdrucker anbelangt, so sind jene wesentlich besser als in Deutschland. Das macht es erklärlich, weshalb die Zahl der Auswanderungslustigen groß ist, wenn auch die Einwanderungsmöglichkeit und die Aussicht, in Amerika lohnende Arbeit zu finden, zur Zeit noch sehr beschränkt sind.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehreverein.) In der Versammlung am 26. November teilte der Vorsitzende einleitend mit, daß unter Stillsitzung am 14. Januar stattfindet. Es sei Pflicht eines jeden Kollegen, dafür zu sorgen, daß das Fest zahlreich besucht werde. Arbeitslose Kollegen erhalten Gehalt und zwei Freikarten. Hierauf verlas der Vorsitzende die Namen mehrerer Restanten, die eine letzte Bewährungsfrist bis 1. Januar erhalten. Für Frau Seydel sind bisher 12952 Mark eingegangen und auch bereits ausgehändigt worden. Die Sammlung konnte noch nicht abgeschlossen werden, weil noch mehrere Beiträge in der Versammlung eingingen. Im weiteren ging der Vorsitzende ausführlich auf die Konflikte in der Reichsdruckerei und bei Seydel & Co. ein. Während in der Reichsdruckerei der Kampf erfolgreich beendet wurde, wollte man bei Seydel anhebend die Probe aufs Exempel machen. Um Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, hat sich das Parlament an die Regierung gewandt, etwaige Notstandsarbeiten im Buchdruckergewerbe zu erwirken. Die Tarifverneuerungsverhandlungen streifend, stellte der Vorsitzende fest, daß die Prinzipale von einer Tarifgemeinschaft absolut nichts mehr wissen wollen. Der Vorsitzende ging dann des längeren auf unsere wirtschaftliche Notlage ein. Unter Gewerbe erhalten zu können, sei nur durch billiges Holz und Kohlen möglich. Infolge der Zulassung der Verbältnisse sei es daher unbedingt notwendig, uns nicht zu Sorgen hinreißen zu lassen. Sind wir die diszipliniertere Masse, die wir immer waren, so wird die Prinzipalität uns das nicht bieten können, was sie vorbabe. Am die Kosten einer Urwahl zu sparen und weil keine Stimme im deutschen Kollegenkreise laut geworden sei, die mit der Fälligkeit der Zentralkommission nicht zufrieden sei, empfahl Kollege Braun, diesmal vom Statut abzuweichen und die Zentralkommission sofort zu wählen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag des Vorsitzenden widerpruchslos zu. Kollege Wehnpuhl erklärte, daß sich die gesamte Zentralkommission wieder zur Verfügung stelle. Im übrigen stellte er mit, daß ausländische Zentralkommissionen uns ersucht hätten, unsere „Technischen Mitteilungen“, die in nützlicherer Weise redigiert würden, in allen in Frage kommenden Sprachen zu drucken. Unsere Zentralkommission hat dem Wunsch gern nach, da durch Bezahlung in ausländischer Valuta die Herstellung der „Technischen Mitteilungen“ wesentlich verbilligt werde. Hierauf wurde die Zentralkommission einstimmig wiedergewählt. Zur Aufnahme meldeten sich vier Kollegen. — Nächste Versammlung und Stillsitzung am 14. Januar.

R. Bochum. (Drucker.) Die am 5. November abgehaltene Versammlung war von reichlich zwei Dutzenden der Kollegen besucht. Vorsitzender Franz Sinn gab unter „Geschäftlichem“ einen kurzen Überblick über den Mitgliederstand und ließ nicht unerwähnt, daß uns am Dreieck sowohl wie im Bezirk noch etwa 30 Kollegen fernstehen. An Stelle des zur Zeit in anderen öffentlichen Ämtern tätigen Schriftführers erbot sich ein anderer Kollege freiwillig, das Amt provisorisch auszufüllen. Sodann erhielt nach Begrüßung Kreisvorsitzender Frh. Porst (Eisen) das Wort zu seinem Vortrag: „Die jetzige Lage im Buchdruckerverband“. Lebhafte Beifall bewies, daß es der Referent verstanden hatte, seine Zuhörer durch seinen tiefdurchdachten, zeitgemäßen Vortrag zu fesseln. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. In seinem Schlusswort dankte Kollege Porst den Mitglieðern für das bewiesene Interesse, so daß es nun auch einmal wieder in Bochum mit der Druckerparte vorwärts gehe. Er knüpfte daran die Erwartung, daß auch die uns noch fernstehenden Kollegen im Ort und Bezirk Bochum sich uns bald anschließen, da ohne festen Zusammenschluß nichts erreicht werden könne.

Sch. Düsseldorf. (Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker.) In unserer Versammlung am 19. November nahm der Zell „Geschäftliches“ den breitesten Raum ein, wodurch leider die übrige Tagesordnung sehr benachteiligt wurde. Die Ergebnisse der im Sommer gemachten statistischen Angaben gelangten zur Vorlesung. Seitens der Gauversammlung war dem Düsseldorf-Bezirk die Stellung einer Technischen Kommission übertragen. Deren Wahl fand in der Oktoberversammlung statt. Das an den Gauvorstand und die Zentrale weitergegebene Programm ihres Betätigungsfeldes wurde gutgeheißen. Eine dringliche Angelegenheit nahm längere Zeit in Anspruch. Ein eilriges Verbands- und Spartenmitglied in leitender Stelle machte die übliche Erfahrung, daß Kollegialität und Solidarität in dieser Position allzu schwer sich vereinbaren lassen und mußte die Konsequenzen ziehen. In dieser Sache wurde ein Mitglied zum Ausschluß empfohlen. Eine vorrückende Kritik erfuhr der „Feldzug der Produktion“ in Nr. 133 des „Korr.“. Nach Besprechung der einzelnen Arbeitsmethoden im Maschinenbau mußte dem betreffenden Artikeldirektor auch die Stereotypie herfallen. Es wurde nämlich von ihm den

Stereotypenkollegen in den Sausankfällen die Fähigkeit abgesprochen, gleichmäßig facettierte, minimale in Länge und Breite hergestellte Platten liefern zu können. Das rief allgemeinen Unwillen hervor. Wohl der größte Teil der Kollegenschaft dürfte bezeugen können, daß in Sausankfällen, und sollte auch die Einrichtung nicht so ganz modern sein, sehr laubere und einwandfreie Arbeiten hergestellt werden. Voraussetzung ist natürlich, daß die nötige Zeit und gutes Material zur Verfügung stehen. Schon des öfteren wurde in unsern Spartenversammlungen seitens der Setzungsstereotypen die schlechte Beschaffenheit der zugelieferten Anzeigematrizen größerer Handelsfirmen zur Sprache gebracht. Diese Matrizen, dieses „Enfant terrible“ des Kollegen vom Bleisatz, kamen aber aus Spezialanstalten. Und wie die Matrizen, so die Platten. Aber „die Anwendung des Stahls und Nickelblechs in der Stereotypie“ sprach Kollege Lebnig. Einer Belehrung über die Zusammenlegung der Platten, die Stromstärke, die vorbereitende Behandlung der Platten usw. folgte ein reger Erfahrungsaustausch, reich illustriert durch Material aus der Praxis.

Milben. (Tagung der Maschinenmeistervereine des Kreises Hamburg am 26. November im „Gewerkschaftshaus“.) Kurz nach 9 Uhr eröffnete Kollege Neindorf (Hamburg) die von sämtlichen Vorsitzenden des Kreises besuchte Konferenz. Die Vorsitzenden erstatteten sodann Bericht über den Stand der Druckerbewegung in ihrem Bezirke. Stadt Milligbergsamkeit haben wir überall eine Abnahme zu verzeichnen. Dieser Umstand hat seine Begründung darin, daß viele Kollegen vom Beruf abgehen oder abreisen. Im Vororte Hamburg herrscht große Arbeitslosigkeit. Lebhafte wurde Klage geführt über das rigorose Vorgehen der Unternehmer bei beginnendem Arbeitsmangel. Der Bericht des Obmanns der Rotationsverne wurde ebenfalls mit Interesse entgegengenommen und in allen Fällen volle Unterstützung zugesagt. Weiter wurden die Kurse gestreift, die in den einzelnen Orten im verfloßenen Jahr abgehalten wurden. Aus den Berichten ging hervor, daß gute Fortschritte hinsichtlich der Fortbildung gemacht wurden. Auch die nichttechnischen Veranstaltungen (Vulkanwert-Belichtung, Beschichtung der Stoffmang-Steinbergschen Farbenfabriken in Gelse, Walzengehauptalt Wölcher in Hamburg, drahtlose Telegraphie im Hamburger Freihafen und Schulung von Vorlägern in sämtlichen Druckverfahren) fanden ebenfalls großes Interesse. Die Klagen über schlechten Versammlungsbesuch sind mit auf die hohen Preise, die sich nach dem Lohne der besserbezahlten Arbeiter richten, zurückzuführen. Hinzuweisen wurde auf das 50-jährige Bestehen des Hamburger Vereins 1923, mit dem Wunsch auf recht rege Beteiligung. Der Zentralkommission soll der Wunsch der Konferenz mitgeteilt werden, sich tatkräftig für die Fortbewegung der Drucker bei der Tarifneubearbeitung einzusetzen und das selbige „in der Regel“ in § 72 des Tarifs zu Falle zu bringen. In der Beitragsfrage wurde dem Vorschlag der Zentralkommission zugestimmt. In keinem Bezirk brachte Kollege Neindorf den Wunsch zum Ausdruck, trotz der großen Misere und Abfließens weiter im Interesse unseres Gewerbes und unserer Kollegenschaft zu arbeiten, die Fahne nicht zu verlassen, sondern alles einzusetzen für unsere ideale Sache. — Hierauf fand im selben Lokal eine von einer großen Anzahl Kollegen aus allen Orten des Kreises besuchte allgemeine Maschinenmeisterversammlung statt, in welcher Kollege Neindorf über „Die Lage im Buchdruckergewerbe“ referierte. Es wurden folgende Entschlüsse einstimmig angenommen, die auch der Vorstandskonferenz vorgelesen hatten und von ihr einstimmig gebilligt worden waren: „Die in Milben verammelten Maschinenmeister des Kreises Hamburg der Maschinenmeistervereine Deutschlands beauftragen die Vorsitzenden, mit allen Partei- und Gewerkschaftsblättern in Verbindung zu treten, damit hier Propaganda gegen den Eintritt schulentlassener junger Leute in den Buchdruckerberuf gemacht wird. Es kann nicht angehen, daß politisch und gewerkschaftlich gekulte Genossen ihre Kinder einem Berufe zuführen, der seinen Mann nicht mehr ernährt. Beweist das große Arbeitslosensein im Buchdruckergewerbe, trotz noch sehr guter Konjunktur in allen andern Berufen, die Tausende in andern Berufen Sätzen und vor allem die minderwertige Bezahlung im Beruf, entgegen der gesamten Arbeiterwelt, gelehrten wie ungelerten.“ — „Die Vorstandskonferenz und die Maschinenmeistervereine des Kreises Hamburg vertreten nach reichlicher Aussprache den klaren Standpunkt, daß es Aufgabe der Zentralkommission sein muß, ebenso wie die Zentralkommissionen anderer Sparten für eine wesentliche Besserstellung ihrer Kollegen bei der jetzigen Tarifüberarbeitung zu wirken und jede Irrfängerpolitik und Eingehen in kleinere, zerstückelnde Fragen zu vermeiden. Soll die Kraft der Organisation gewahrt bleiben, kann nur ein Erfolg in dieser Richtung dazu beitragen.“ Hierauf folgte ein technischer Vortrag des Kollegen Mellmann (Hamburg). Für jede Druckart waren entsprechende Drucksachen vorhanden, die zur Illustration der Ausführungen dienten. Der äußerst lehrreiche Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

## □ □ □ Rundschau □ □ □

Der Kampf der schwedischen Buchdrucker. Die vereinigt in der Tagespresse erschienene Meldung vom Abbruch des Kampfes im Buchdruckergewerbe der Schweiz, die auch wir in voriger Nummer unter Reserve wiedergaben, hat bisher noch keine Ergänzung oder endgültige Befestigung gefunden. Bis zum Abschluss dieser Nummer lag uns die neue „Schwedische Typographia“ nicht vor, auch

